

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	03/2025
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25.03.2025
Zeit:	18:30 Uhr – 21:35 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Seidel
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtin Haaf und Oppelt; Stadträte Bernauer, Erles, Schendzielorz, Sy und Wagner <u>FW</u> Stadträtin Mayer; Stadträte Dr. Cherwon, Hofstätter, Dr. Rothe und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Krastel und Scheibe; Stadträte Katzenstein, Konrad und Zietak <u>SPD</u> Stadträtin Linier; Stadträte Bergsträsser, Hertel, Staudenmaier und Weinmann <u>Linke</u> La Licata
weiter anwesend:	Herr Mossau (FB 2) zu TOP 3; Herr Schmied (FB 4) zu TOP 4; Herr Reess (FB 5) zu TOP 6 Herr Wolf (FB 5) zu TOP 7
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Henßler und Inama-Knäblein, Stadtrat Scholl
Urkundspersonen:	Stadträtin Oppelt und Stadtrat La Licata
Sachvortrag:	Frau Chilla, Beratungs-Tandem Vonderach & Chilla zu TOP 3; Herr Kast, PST zu TOP 4; Herr Koehler, Ingenieurbüro Koehler & Leutwein zu TOP 6; Herr Poser, Büro Weber Ingenieure zu TOP 7
Schriftführerin:	Frau Thiele

Aufgrund der langen Tagesordnung entfällt die Bürgerfragestunde.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 2/2025 vom 25.02.2025**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beige-fügt.

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Wachert wünscht eine Korrektur zu TOP 3 auf Seite 8. „Es sei zur prüfen“ solle in „Er bitte die Verwaltung zu prüfen, ob ...“ geändert werden.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird vorbehaltlich der Änderung von den Urkundspersonen unterzeich-net und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 25.02.2025 gefass-ten Beschlüsse**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beige-fügt.

2.1: **Beschluss:**

Der Bürgermeister verliest die nichtöffentlichen Beschlüsse.

3: **Kommunales Verpflegungskonzept der Stadt Neckargemünd**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung & Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage bei-gefügt.

3.1: **Sachvortrag:**

Herr Mossau stellt Frau Chilla vom Beratungs-Tandem Vonderach & Chilla vor. Sie präsentiert die Ergebnisse des Runden Tisches zum Verpflegungskonzept, welches die Vorbereitung für die Ausschreibung von Kita- und Schulverpflegung gewesen sei. Bei der Erstellung habe man auch geprüft, ob es andere Lösungen gebe. Wichtig sei gewesen, die Beteiligten einzubinden. So habe der Runde Tisch mit Kita- und Schul-leitungen, Elternvertretern und den Fraktionen stattgefunden. Es gehe nicht allein um die Bereitstellung des Essens. Auch Räumlichkeiten, Personal, Kosten, Qualitäts-standard der DGE und Subventionen für die Kommunen würden berücksichtigt.

3.2: Beratung:

Stadtrat Bergsträsser stellt fest, man habe ein umfangreiches Konzept für Kitas und Schulen erhalten. Die Grundlage sei ein Runder Tisch mit allen Beteiligten wie Einrichtungsleitungen, Gemeinderat, Eltern und SMV, der Stadtverwaltung und des Betreuerteams gewesen. Mit dieser hervorragenden Vorarbeit könne man Diskussionen sparen. Leider sei von den Grünen niemand dabei gewesen, obwohl die Grünen in der Vergangenheit immer viele Verbesserungsvorschläge gebracht hätten. Zu wenig vegetarisch, zu wenig regional, zu wenig saisonal beklagten sie, jedoch habe man von ihnen nie etwas über die Finanzierung gehört. Die Speisepläne seien mit Bedacht erstellt und folgend Empfehlungen. Er selbst hatte im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit in der Mensa einer Heimsonderschule mit eigener Küche essen können, die sich an das genannte Vier-Wochen-Prinzip hält. Leider nehmen im Schulzentrum lediglich 72 Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte am Essen teil. Das sei viel zu wenig. Für Schülerinnen und Schüler hoffe man, dass sie sich von dem neuen Angebot überzeugen lassen, anstatt einen Döner zu holen. Die SPD werde dem vorgelegten Konzept als Grundlage für zukünftige Ausschreibungen zustimmen.

Stadtrat Katzenstein erwidert, man ärgere sich selbst, dass man nicht dabei gewesen sei. Es wäre ein Versehen seinerseits gewesen. Doch auch wenn manche Gedanken später kämen, wäre es gewiss kein Problem, nun noch Dinge anzumerken.

Stadträtin Scheibe sagt:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Bürgermeister Seidel, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen das Vorgehen der Verwaltung, vor der Neuvergabe der Schul- und Kitaverpflegung für das Schuljahr 2025/2026 ein umfassendes Verpflegungskonzept zu erarbeiten. Dabei wurden erfahrene Beraterinnen einbezogen, und es erfolgte eine enge Beteiligung aller relevanten Akteure – von den Mitarbeitenden im Kita- und Schulalltag bis hin zu Vertreterinnen der Fraktionen sowie der Schüler- und Elternschaft. Zudem wurden die Anforderungen und Rahmenbedingungen vor Ort berücksichtigt. Dieses Vorgehen ist die Basis für ein gutes Verpflegungskonzept, auf dessen Grundlage die Stadt ihrer Verantwortung als Trägerin von Bildungseinrichtungen in Bezug auf die Außer-Haus-Verpflegung unserer Kinder und Jugendlichen nachkommt. Innerhalb dieses Verpflegungskonzepts möchten wir noch einige kleine Änderungen anregen und zur Diskussion stellen.

Änderungsvorschläge:

Zunächst unterstützen wir die Ausrichtung der Speisenangebote an den DGE-Richtlinien und insbesondere die Entscheidung, die Quantität der Lebensmittel innerhalb eines umrissenen Zeitraums festzuschreiben. So soll bspw. die Anzahl der Fleischgerichte auf zwei pro Woche begrenzt werden und eine zweite Menülinie mit ausschließlich vegetarischer Kost angeboten werden. Zudem steht täglich Gemüse auf dem Speiseplan. Neben den quantitativen Vorgaben möchten wir Ideen zu qualitativen Grundsätzen formulieren: Die Qualität der Schulverpflegung sollte sich an Prinzipien der Nachhaltigkeit orientieren. Dies fordert zum einen die Verankerung von Bio-Lebensmitteln im Ausschreibungskonzept. Zum anderen muss Lebensmittelverschwendung – also Lebensmittelüberproduktion – dringend vermieden werden.

Zum 1. Punkt: Verankerung von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau als Mindestkriterium

Hier sind unterschiedliche Vorgehensweisen möglich, die wir zur Diskussion stellen möchten:

- Festsetzung einer Mindestquote für den Bio-Anteil in Höhe von x Prozent für alle Lebensmittel*
- Festsetzung einer Mindestquote für den Bio-Anteil in Höhe von x Prozent für bestimmte Lebensmittel (bspw. Obst und Gemüse) (so wird der Bio-Anteil nicht nur durch eine Warengruppe abgedeckt)*
- Möglichkeit der Steigerung des Bio-Anteils für den Caterer anbieten*

Wir begrüßen die Entscheidung, auf den Wunsch nach einer Salatbar einzugehen. Diese wird vor allem für die älteren Schülerinnen der Sekundarstufe von großer Bedeutung sein und ein attraktives Gegenangebot zur Salatbar im Rewe darstellen. Sie wird dazu beitragen, das Bedürfnis der Schülerinnen nach individueller Menügestaltung zu erfüllen.

*Darüber hinaus bietet die Möglichkeit, sich seine Portionen selbst zusammenzustellen, den Vorteil, Lebensmittelverschwendung vorzubeugen. Deshalb möchten wir anregen, dass die Schüler*innen sich stets ihre Teller selbst zusammenstellen dürfen. Anstelle von vorgerichteten Tellern sollte es eine Theke mit getrennt angebotenen Menübestandteilen geben. Die Ausgabe kann durch das Personal in Absprache mit dem einzelnen Schüler erfolgen.*

In Bezug auf die Pausenverpflegung in der Mensa des Schulzentrums sehen wir Anpassungsbedarf. Wir sind uns bewusst, dass die Pausenverpflegung eine wichtige Einnahmequelle für den Caterer darstellt. Leider stehen die derzeit angebotenen Produkte – vor allem Schokoriegel, Chips, Maoam und ähnliche Süßwaren sowie fettige Pizzen und Kartoffelecken – im Widerspruch zum genannten Ziel, „der Pausenverkauf solle einen Beitrag zur Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Schüler leisten“. Solange dieses Angebot fortbesteht -und das wird es, sofern innerhalb des Verpflegungskonzepts keine engeren Beschränkungen festgelegt sind-, solange wird es schwierig sein, gesunde Alternativen wie frisches Obst oder Vollkornbrötchen erfolgreich zu verkaufen. Und natürlich die Ziele Gesundheits- und Leistungsförderung zu erreichen.

Wir schlagen demnach folgende Änderungen vor: Es dürfen überwiegend nur (statt auch) zucker- und fettarme Speisen verkauft werden. Die Stadt verpflichtet den Caterer (statt erwartet von ihm) zu einer verantwortungsvollen Auswahl der Produkte.

Bereits jetzt ist im Konzept der Verkauf von Chips und chipsähnlichen Produkten verboten – wir regen an, dies auf Schokoriegel und stark zuckerhaltige Snacks auszudehnen. Zusätzlich möchten wir das Verbot alkoholischer Getränke und Energy Drinks um eine Regelung zum Ausschluss von Softdrinks und zuckerhaltigen Limonaden erweitern. Der hohe Zuckergehalt in diesen Getränken sorgt für schnelle, starke Energieschübe, die nach kurzer Zeit in Erschöpfung umschlagen und das konzentrierte Lernen stark beeinträchtigen.

Als letzten Punkt im Verpflegungskonzept sind die Aspekte der Nachhaltigkeit aufgeführt. Wir begrüßen die im Konzept genannten Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelüberproduktion und Verpackungsmüll. Um diese auch umgesetzt zu wissen, regen wir an, aus den Vorschlägen bindende Richtlinien zu machen.

Abschließend möchten wir noch eine Anregung aus Bammental erwähnen: Dort wird inzwischen im Schulzentrum selbst gekocht. Die Stadt hat mit erheblichem Aufwand

die Küche umgebaut, zwei Köche und weiteres Personal eingestellt. Der Anfang war sicherlich herausfordernd, doch mittlerweile wird die Mensa rege genutzt – nicht nur von Schülerinnen und dem pädagogischen Personal, sondern auch von Mitarbeitenden der Stadt. Zudem wird die Küche für städtische Feste genutzt, wobei Schülerinnen bei der Bewirtung mithelfen. Dies kann langfristig Kosten sparen und reduziert die Notwendigkeit, regelmäßig neue Caterer auszuschreiben. Zudem entfallen die hohen Energiekosten und Emissionen, die durch die Anlieferung und das Cook&Freeze-System verursacht werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, diese Punkte anzusprechen, und hoffen, dass unsere Anregungen in die weitere Diskussion und Planung einfließen können.

Vielen Dank!“

Frau Chilla informiert, man sei sich der Nachhaltigkeit bewusst, diese werde nicht vernachlässigt und könne nicht nur an Bioprodukten fest gemacht werden. Man müsse auch die Beschaffung kritisch betrachten, denn es werden viele Bioprodukte aus Übersee importiert. Daher wollte man beim Runden Tisch auch nicht Bio um jeden Preis. Sie habe auch die Stadt Heidelberg beraten, wo nun Bio als Tiefkühlware bezogen werde. Wichtig sei auch, die Finanzen nicht aus dem Blick zu verlieren. Dank der Standards sei viel hinsichtlich Nachhaltigkeit enthalten, doch nicht immer offensichtlich. Bei der Häufigkeit bestimmter Angebote fange es an – hier mit nur zweimal Fleisch pro Woche. Es gebe eine Auswahl für die Schülerinnen und Schüler. Wenn man es zu eng halte und noch mehr Fleisch reduziere, habe man keine Kinder und Jugendlichen mehr in der Mensa. Die Anzahl der Anbieter sei schon nicht sehr hoch und kritisch wegen möglicher Cateringangebote, ob es überhaupt welche geben wird und welche Preise aufgerufen werden. Auf Lebensmittelverschwendung könne man nicht viel Einfluss nehmen. Das müsse vor Ort passieren und wäre nicht im Konzept steuerbar. Hier sei eher die Familie gefordert.

Der Bürgermeister ergänzt, die Pausenverpflegung sei das, was den Anbieter wirtschaftlich vor Ort hält. Ungesundes werde mehr nachgefragt. Er habe sich mit vielen Schülerinnen und Schülern unterhalten und sie würden REWE und Dönerbuden bevorzugen.

Stadträtin Scheibe meint, in der Schule wäre das etwas anderes, da diese eine Bildungseinrichtung und die Stadt Schulträger ist.

Der Bürgermeister widerspricht dem.

Stadtrat Dr. Rothe fragt nach den verschiedenen Systemen wie Cook & Chill oder Cook&Freeze und ob aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht ein System für alle Standorte möglich wäre.

Frau Chilla antwortet, man habe auch andere Organisationen geprüft. Bei der Kita Wiesenbachertal scheitere es an den Räumlichkeiten. Es sei nicht ausreichend Platz für die Geräte. Außerdem fehle das Personal. Warmlieferung sei für die Gegebenheiten der Kita ideal. Um die Mensa des Schulzentrums mit der Versorgung von Außenstellen mehr auszulasten, wären auch dort die Räumlichkeiten zu klein. Auch beim Caterer sei kein Interesse da. Aktuell solle man beim alten System bleiben.

Stadträtin Linier berichtet von Ihren Erfahrungen als Lehrerin in Bammental. Man habe immer beworben, dass Schülerinnen und Schüler in der Mensa essen sollten, doch sobald sie das Gelände verlassen dürften, würden sie das auch tun. Es sei egal, wie gut sie zu Hause essen würden.

Stadträtin Oppelt würde lieber für die Kinder kochen, wie sie es früher gemacht habe. Doch das klappe heute nicht mehr. Man befürworte in der Fraktion die vorgeschlagene Lösung und den Weg dahin als äußerst konstruktiv. Ob es angenommen werde, sei noch nicht klar. Man stimme zu und hoffe auf eine erfolgreiche Vergabe.

Stadtrat Katzenstein fragt, wie Heidelberg die 50% Bioanteil und Regionalität der Produkte umsetze.

Frau Chilla verweist an Heidelberg. Sie könne dazu nichts sagen.

Stadträtin Oppelt meint, es sei eine Frage des Geldes.

Frau Chilla ergänzt, alle hätten das gleiche Problem mit der Bioversorgung. Die Landesregierung forcire Bioprojekte, doch für die Gemeinschaftsverpflegung sei das nicht umfangreich genug. Bei den Eltern sei dies auch nicht um jeden Preis gefordert. Es solle für alle ein gerechter Preis sein, denn jeder sollte das Essen bezahlen können.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig, bei 5 Enthaltungen, das beiliegende kommunale Verpflegungskonzept. Er beauftragt die Verwaltung, die Inhalte des Konzepts als Grundlage für alle zukünftigen Vergabeverfahren im Bereich der Kita- und Schulverpflegung entsprechend anzuwenden und auf ihrer Basis den jeweils wirtschaftlichsten Anbieter zu beauftragen.

4: **Projektfreigabe – Beschaffung einer Drehleiter (DLAK 23/12) für die Feuerwehr Neckargemünd Abteilung Stadt**

Die Vorlage des FB 4 – Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

4.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister erklärt, die Beschaffung sei bereits in den Haushaltsgesprächen 2024 und 2025 diskutiert worden. Nach der Hauptsatzung sei der Gemeinderat berechtigt, das Projekt anzustoßen. Man werde zukünftig zudem häufiger mit Projektfreigaben in den Gemeinderat gehen, damit die Bevölkerung Kenntnis davon nehmen kann, wo die Steuergelder hinkommen.

Herr Schmied erläutert kurz den Sachverhalt.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Zietak sagt, es sei ein guter Tag für Sicherheit der Gemeinde. Man freue sich über die Drehleiter für die Feuerwehr. Man wünsche jedoch für den Vororttermin der Feuerwehr eine Anfahrt mit der Bahn. Ein Flug soll erst ab 800 km Entfernung angeboten werden. Er dankt allen Beteiligten.

Stadtrat Weinmann stellt klar, die *Bevölkerung* bekomme die Drehleiter, nicht die Feuerwehr. Diese nutze sie nur.

Stadtrat Erles meint, was man nun beschließe, sei bereits drei Mal besprochen. Man solle es ggf. jedoch noch etwas länger hinauszögern, um eventuell noch eine Förderung nutzen zu können.

Herr Kast informiert, es müsse zehn Monate nach Zuschuss bestellt werden.

Der Bürgermeister ergänzt, man könne bis Ende April mit dem Projekt warten. Stadtrat Weinmann fragt er, ob mit weiteren Fördermitteln aufgrund des neuen Bundeshaushaltes zu rechnen sei.

Stadtrat Weinmann meint, dies sei eher unwahrscheinlich.

Stadtrat Katzenstein erklärt, es gehe eher um Infrastruktur und ein rollendes Fahrzeug gehöre nicht dazu. Er würde lieber zwei Wochen weniger warten, nicht dass ein Mitarbeiter ausfällt und die Ausschreibung nicht rechtzeitig fertig werde.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es ein Vorratsbeschluss sei und man im Nachgang zur Vergabe nicht noch mal in den Gemeinderat gehe.

Stadtrat Katzenstein wünscht eine Änderung der Ausschreibung, sodass nicht ab 500 km, sondern erst ab 800 km ein Flug angeboten werde.

Herr Kast weist auf die potenziellen Lieferanten aus Karlsruhe, Ulm oder dem EU-Ausland hin.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Erweiterung auf 800 km reinzunehmen und dies nun so zu beschließen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt einstimmig die Verwaltung mit der Beschaffung einer Drehleiter (DLAK 23/12), damit verbunden der umgehenden Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Beschaffung eines Ersatzes der vorhandenen Drehleiter und dem Zuschlag an den wirtschaftlichsten Bieter. Im Leistungsverzeichnis ist die Wegstrecke, ab der der Anbieter einen Flug für die Feuerwehrangehörigen zum Vororttermin anbieten muss, von 500 km auf 800 km zu erhöhen.

5: **Satzung über verkaufsoffene Sonntage 2025**

Die Vorlage des FB 4 – Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.1: **Sachvortrag:**

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Dr. Rothe bittet, den Französischen Markt wegen der Kerwe in Kleingemünd zukünftig zu verlegen, so dass keine 2 Veranstaltungen am selben Tag stattfinden.

Stadtrat Bergsträsser stellt den Verkaufsoffenen Sonntag zum Lebendigen Neckar in Frage, da dieser nicht im sonstigen Umfang statfinde, sondern nur ein reduziertes Programm am Neckar sei.

Frau Polte entgegnet, auf dem Neckarlauer habe man den Flohmarkt und Bewirtung.

Der Bürgermeister erwartet wegen dem Ausfall in Heidelberg (die Stadt Heidelberg beteiligt sich dieses Jahr nicht) Verdrängungseffekte.

Stadtrat La Licata sieht verkaufsoffene Sonntage aus Arbeitsschutzgründen kritisch. Sonntage sollten Ruhetage sein und daher werde er sich enthalten.

Stadtrat Bernauer hingegen spricht sich für verkaufsoffene Sonntage als tolles Angebot für Gäste und auch die Gewerbetreibenden aus.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mit 1 Enthaltung die Satzung über die verkaufsoffenen Sonntage 2025. Diese sind: 29.06. (Lebendiger Neckar), 21.09. (Französischer Markt) und 09.11. (Bohrermarkt).

6: **Lärmaktionsplan 2025 (4. Stufe)**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister teilt mit, die dritte Stufe sei auf Grundlage einer Übergangsvorschrift beschlossen worden. Da die Stufe bis Ende 2023 nicht wirksam geworden sei, wäre sie abgelaufen. Man wolle nun direkt in die Stufe 4 einsteigen, auch für die Adam-Siefert-Straße sowie die Ortsteile. Die Stufe 4 hätte im Juni 2024 abgeschlossen werden müssen. Unglücklicherweise sei man doppelt im Verzug und versuche daher nun doppelt Gas zu geben.

Herr Koehler erläutert die Fortschreibung des Lärmaktionsplans und dem bisherigen Ablauf. An drei Stellen sei eine Gesundheitsgefährdung festgestellt worden, an weiteren Stellen im geringeren Maß. An diesen Stellen hätten Maßnahmen umgesetzt werden müssen, doch wegen dem Busverkehr (es war mitgeteilt worden, die Taktzeiten seien bei langsamerem Verkehrsfluss nicht haltbar, mehr Busse müssten eingesetzt werden und die Kosten müssten steigen) sei dies nicht geschehen. Man habe sogar den Busverkehr selbst ausgewertet, konnte leider auch mit diesen Daten bei der unteren Verkehrsbehörde nicht durchdringen. 2022 haben die vierte Stufe angefangen. Bei jeder dieser Stufen müsse der Lärmaktionsplan fortgeschrieben werden. Es müssten wieder die B 37 und die B 45 kartiert werden. Festgestellt wurde, das Problem habe sich verschärft. Die Belastung habe nicht abgenommen, sondern rechnerisch sei es noch lauter geworden. Außerorts müsse man nachweisen, dass die Einführung von Tempo 50 eine entsprechende Lärmbelastung um 2 Dezibel reduziere. Man werde das komplette Verfahren in der vierten Stufe neu durchlaufen. Eine Neukartierung mache durchaus Sinn. Diese habe damals 16.300 EUR gekostet. Das Angebot sei nun 12.800 EUR Euro ohne Verkehrszählung. Damals habe man für die Geodaten beim Landesamt noch bezahlen müssen. Diese würden nun kostenlos zur Verfügung stehen. Man könne alle klassifizierten Straßen kartieren, auch für die Ortsteile -bekomme also nun für weniger Geld mehr Leistung. Weiterhin brauche man noch aktuelle Verkehrsbelastungszahlen. Das Verkehrsministeriums sei gut aufgestellt und man könne da Werte verwenden, in den Ortsteilen müsse man selbst zählen.

6.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister erklärt kurz den Unterschied zwischen den Richtlinien.

Herr Koehler ergänzt, es handle sich um Unterschiede in der Berechnung. Mit der neueren Berechnungsmethode RLS-19 würden Motorräder nun beispielsweise wie LKWs bewertet. Außerdem berechnet man nun Mehrfachreflexionen. Damit seien die Werte rechnerisch höher als nach der alten Berechnung.

Der Bürgermeister fragt, ob mit der neuen Berechnung die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung steige und eine gesplittete Anordnung von Maßnahmen generell möglich sei.

Herr Koehler antwortet, dies wäre wegen der höheren Werte möglich. Die Zahlen der LUBW seien alt und man hätte ein homogeneres Bild, wenn man sich auf den neuen Katalog beziehe. Bei der gesplitteten Anordnung müsste man auch eine zweite Offenlage machen, was nicht unbedingt schneller sei.

Der Bürgermeister fragt nach einem Zeitplan.

Herr Koehler teilt mit, nach der Beauftragung könne bis zu den Sommerferien ein Entwurf für die Offenlage erstellt werden. Dies hänge auch von den Beteiligungen ab. Insgesamt braucht man circa 12 Monate.

Der Bürgermeister fragt nach der Option, die Bündelungsstraßen mit einer 40er Zone entlang der B 37 einzurichten.

Herr Koehler antwortet, es kann auch Tempo 40 angeordnet werden, dann mit geringerer Minderung der Lärmbelästigung. Man werde so nicht unter die Gesundheitsschädigung kommen, könnte es jedoch trotzdem versuchen, in der Hoffnung, dass man wenigstens dies schaffe. Aber Tag und Nacht werde man zumindest in der Bahnhofstraße gegen Artikel 2 verstoßen. Selbst mit Tempo 30 werde man nicht bei jedem Gebäude unter den Wert kommen.

Der Bürgermeister will wissen, ob außerorts noch eine Genehmigung durch das Regierungspräsidium nötig sei.

Herr Koehler meint, die sei so richtig.

Stadtrat Katzenstein dankt für die Darstellung und die bisherigen Antworten. Es sei eine ärgerliche Geschichte und begleite ihn schon seit Beginn an. Immer wieder habe man nachgefragt und nie verstanden, warum die Adam-Siefert-Straße nicht unabhängig von der Bahnhofstraße umgesetzt wurde. Man schaue nun nach vorne und der Zeitplan sehe sehr gut aus. Er hoffe, dass man es gut hinbekommen werde, auch in der Zusammenarbeit mit der Träger der öffentlichen Belange und der Verkehrsbetriebe. In den Ortsteilen und Kreisstraßen könne man selbst schneller handeln.

Herr Koehler bietet an, es so zu formulieren, dass man unstrittige Teile extra mache.

Der Bürgermeister erinnert den Gemeinderat, dass der Lärmaktionsplan eine behördliche Ermessensentscheidung darstelle. Man müsse methodisch wie eine Verwaltungsbehörde abwägen.

Stadtrat Katzenstein sagt, man müsse ermessensfehlerfrei entscheiden. Tempo 40 wäre sicher noch zu diskutieren. Bei Tempo 30 könnten Radfahrer noch mitfließen, bei Tempo 40 nicht mehr. Er sei skeptisch, dass mit Tempo 40 ausreichend reduziert werde.

Herr Koehler bietet an, beide Varianten – Tempo 30 und Tempo 40 – zu berechnen, um es besser abwägen zu können. Die Kosten bewegen sich im dreistelligen Bereich.

Stadtrat Hofstätter fragt, wie es mit den deutlich leiseren Elektrofahrzeugen sei.

Herr Koehler informiert, hier überwiege dann das Rollgeräusch der Reifen. Nach der neuen Richtlinie gebe es in Kreisverkehren und bei Steigungen Zuschläge wegen der Beschleunigung. Bei Tempo 30 habe man kaum Unterschiede zu Verbrennern, da diese auch leiser geworden seien.

Stadtrat Hertel sagt, dass die SPD dies auch zügig durchsetzen wolle. Man habe aktuelle Zahlen und die Ortsteile wie Dilsberg und Mückenloch würden mit der 30er Zone in Wiesenbach kämpfen, da nun andere Strecken gefahren würden und der Verkehr dadurch eben in diesen Ortsteilen zunehme. Man müsse auch wegen den Baustellen schauen, dass man zum richtigen Zeitpunkt messe. Das Wichtigste werde sein, Zahlen für Tempo 30 und 40 zu bekommen. Bei den Durchgangsstraßen müsse man besonders schauen, wie der LKW-Verkehr zunehme, wenn zum Beispiel die A 6 gesperrt sei.

Stadtrat Bergsträsser ergänzt, er bedauere die Verzögerung. Ab Mai werde nun die Landstraße zwischen Wiesenbach und Waldwimmersbach gesperrt. Dadurch habe man in Mückenloch bald noch mehr Verkehr.

Stadtrat Erles informiert, dass der Ortschaftsrat Dilsberg für eine Verkehrszählung zur Verfügung stehe.

Stadträtin Linier bittet darum, die Heidelberger Straße mit zu berücksichtigen. Morgens und abends sei hier die Lärmbelastung sehr hoch, seit es die 30er Zone in Gai-berg gebe. Wenn umliegend Tempo reduziert werde, kommen noch mehr Verkehr über Waldhilsbach. Außerdem befinde sich auch die Kita in der Heidelberger Straße. Und für den sicheren Übergang der Schulkinder kämpfe sie seit Jahren, doch tue sich nichts. Sie ärgere sich maßlos, dass es keine einheitliche Regelung gebe und jeder Ort das für sich selbst regeln müsse. Es wäre mit einer einheitlichen Regelung viel günstiger und einfacher für alle und man bräuchte nicht weitere Schilder.

Stadtrat Katzenstein meint, dies habe an der SPD gelegen.

Der Bürgermeister schlägt vor, diesen Wunsch an Herrn MdB Castellucci weiterzuleiten.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes (LAP) der vierten Stufe.

7: **Brücke über die DB am Schwimmbad Neckargemünd – Sachstandsbericht und Handlungsoptionen**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

7.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister berichtet über die zurückliegenden Brückenprüfungen. Man habe nun im Drittgutachten auch die Zustandsnote 3,4 erhalten. Nun würden 4

Handlungsoptionen vorgestellt, sowie auf Wunsch der Fraktionsvorsitzenden sei eine fünfte Variante berücksichtigt wurden.

Herr Poser berichtet, er sei mit Herrn Wolf seit Dezember im Kontakt. Die Schwimmbadbrücke habe er im Februar geprüft. Bei der einfachen Prüfung konnte er den Bericht des Vorgängers bestätigen. Die Brücke habe leider mit 3,4 abgeschlossen und befinde sich damit am unteren Ende der Skala. Diese gehe von 1 bis 4. Bei 4 sei eine Brücke umgehend zu sperren; wegen der Strecke über die Gleise der Deutschen Bahn sei die Umsetzung einer Sanierung oder eines Abrisses besonders schwierig. Er erläutert anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird, die 5 Varianten inklusive Kostenrahmen:

1. Sanierung/ Instandsetzung für 250.000 EUR
2. Ersatzneubau mit Aluminiumbrücke, die für Radverkehr geeignet ist für 380.000 EUR
3. Abbruch für 210.000 EUR
4. Abbruch inkl. Fundamente für 290.000 EUR
5. Ersatzneubau als Holzkonstruktion für 360.000 EUR

Weiterhin führt er aus, dass man von einer Holzbrücke abraten müsse, wenn diese nicht überdacht sei, da die Lebensdauer nur 30 Jahre betrage und mit einem sehr hohen Wartungsaufwand einhergehe. Außerdem müsse diese Holzbrücke jedes Jahr geprüft werden. Eine Prüfung über Bahnanlagen sei besonders aufwendig und teuer. Von Vorteil sei jedoch die schnelle Montage. Bei einer Überdachung mit ausreichender Wartung könne die Brücke bis zu 60 Jahre halten. Generell sind die Wartungskosten intensiv mit 2 bis 3% der Investitionskosten im Jahr. Bei einer Alu-Brücke habe man nahezu keine Wartung, die Kosten würden bei einem Prozent liegen. Weiteres Plus: die Lebensdauer betrage zirka 100 Jahre. Eine Brücke aus Aluminium sei extrem wirtschaftlich, trotz einer höheren Anschaffung und höheren Ermüdung gegenüber Stahl. Er könnte die Variante 2 empfehlen. Diese beinhaltet 2 Sperrpausen der Bahn. Es bestehe auch die Möglichkeit einer Förderung von 50% der förderfähigen Kosten von Seiten des Landes.

7.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister gibt an, man habe noch die ein oder andere Brücke, deren Sanierung man fördern wolle. Er fragt, warum der Kran so viel koste.

Herr Poser sagt, die hohen Kosten seien realistisch. Er habe bereits eine größere Brücke mit 62 Tonnen eingesetzt, und das wären Kosten von 50.000 UR in der Nachtschicht gewesen. In diesen Kosten wäre der Aufbau und der Anschlag schon enthalten. Man müsse an der alten Brücke Seile anhängen und auch Kernbohrungen durchführen. Beim Ausheben dürfe kein Querzug auf die Brücke wirken. Die eingesetzten Traverse kosten zirka 10.000 bis 15.000 EUR.

Stadtrat Wagner bedankt sich im Namen der CDU für die Ausführungen. Er fragt, warum die Widerlager nicht gelassen würden und man nur die Brücke aushebe, da das Entfernen teuer sei.

Herr Poser antwortet, wenn man die Brücke so lasse, könne Wasser in die Widerlager eindringen. Dadurch könnten Steinabbrüche entstehen, was an den Gleisen sehr gefährlich sei.

Stadtrat Wagner geht es dabei vor allem um den Preis. Die Aluminiumbrücke sei sonst ein Traum. Er fragt sich jedoch, ob es noch günstiger gehe und es reichen würde, wenn man die Widerlager abdichte.

Herr Poser sagt, dies wäre möglich. Nur das Ausheben der Brücke wäre um circa 30% günstiger. Doch die Bahn hätte ein Auge darauf und würde die Strecke regelmäßig begehen, wodurch Kosten entstehen. Im aktuellen Zustand würden die Widerlager keine 20 Jahre mehr stehen. Sie müssten daher regelmäßig überprüft und ausgetauscht werden.

Stadtrat Konrad schließt sich dem an. Die Widerlager müsste man pflegen und es sei daher nicht clever, hier zu sparen.

Herr Wolf ergänzt, Fördergelder seien in Planung, damit könne man die Kosten des Neubaus reduzieren. Die Aluminiumbrücke sei eine gute Lösung.

Stadtrat Hofstätter bemängelt die Kosten für den Abbruch als zu hoch. Die Widerlager seien auch für einen Neubau zu sanieren. Die 60.000 EUR für einen Kran könne er nicht nachvollziehen. Bei den angegebenen Kosten sei dann für die neue Brücke an sich nicht mehr viel übrig. Er fragt nach den Planungskosten und ob auch der Abbruch förderfähig sei.

Herr Poser nennt als Kosten für die Aluminiumbrücke zirka 70.000 EUR. Beim Abriss habe man die Sperrpausen der Bahn. Diese seien sehr teuer, außerdem koste auch eine Nachtschicht viel Geld. Beim Neubau hätte man zwei Nachtschichten. Beim Abbruch habe man sehr schwere Technik im Einsatz und es müsse auch mehr gesperrt werden. Insbesondere für den Rückbau der Widerlager.

Der Bürgermeister informiert, dass ein Abbruch nicht förderfähig sei. Die Förderung gelte nur für Neubau und Sanierung. Man könne jetzt noch weitere Varianten planen.

Stadtrat Hertel hält den Berührschutz für ein ästhetisches und praktisches Problem. Alle Brücken über Bahnanlagen haben diesen Berührschutz und Probleme mit Vandalismus. Die Plexiglasscheiben würden sehr schnell verschmutzt aussehen. Er fragt nach einer Möglichkeit, dies anders zu gestalten.

Herr Poser antwortet, man baue den Berührschutz nun nur noch vertikal in die Geländer ein. Dies sei auch der Bahn lieber. Als Schutz gegen Vandalismus nennt er eine Anti-Graffiti-Beschichtung.

Stadtrat Katzenstein dankt für die Erklärung der Vor- und Nachteile einer Holzbrücke. Er fragt, ob die Brücke auch mit Dach mit einer PV Anlage umsetzbar wäre.

Herr Poser sagt, er könne die Berechnung für eine Variante Dach mit PV-Anlage nachreichen. Er weist darauf hin, dass diese windanfälliger sei.

Herr Wolf weist auf Probleme mit Feuchtigkeit vom Neckar hin.

Herr Poser erklärt außerdem, dass man dann deutlich über den Kosten einer Aluminiumbrücke liege. Man müsse zusätzlich die Entwässerung planen. Die Aluminiumbrücke hätte eine natürliche Entwässerung. In Renningen und Ilsfeld habe man sich wegen der Feuchtigkeit in Flussnähe für eine Aluminiumbrücke entschieden.

Stadtrat Wachert bedankt sich für die Ausführungen und, dass man im Vorfeld Fragen schicken konnte. Wenn die Aluminiumbrücke 70.000 EUR koste, würden 290.000 EUR

für die restlichen Arbeiten bleiben. Dies könne er nicht ganz nachvollziehen. Die Option, die alte Brücke auszuheben und auf dem Parkplatz zu sanieren, halte er nicht für sinnvoll. Eine Sicherheit, dass der Zuschuss bewilligt werde, habe man nicht. Für ihn sei es wichtig, die Brücke zu erhalten beziehungsweise zu erneuern.

Der Bürgermeister sieht die Hauptfrage in der Finanzierung, die noch nicht gesichert sei. Eventuell könne man andere Maßnahmen schieben oder nach Sponsoren suchen. Dies sei schon im Beschluss berücksichtigt. Es müsse nun abgestimmt werden, welche Varianten weiter vorangetrieben werden sollen. Man müsse in Leistungsphase 3 kommen, um eine Förderung zu beantragen. Die Verwaltung schlägt Variante 2 vor.

Stadträtin Krastel gibt an, die Grünen halten die Brücke für wichtig für Fußgänger und Radfahrer, und man sei froh über einen Ersatzneubau. Sie bedankt sich ebenso für die Ausführung der verschiedenen Varianten. Ein reines Ausheben wolle man nicht. Es müsse zeitnah nach Fördergeldern gesucht werden. Sie fragt daher, wie lange die Brücke noch halte, um entsprechend planen zu können. Man wolle gerne die Variante Holzbrücke weiterverfolgen.

Herr Poser empfiehlt, wenn die Brücke so noch einige Zeit erhalten bleibe solle, eine jährliche Überprüfung der Brücke, lose Teile fachmännisch abzuschleifen und Korrosionsschutz aufzutragen. Der Zugang sei jedoch sehr eingeschränkt möglich.

Herr Wolf ergänzt, die Leistungsphase 1 bis 3 könne bereits angestoßen werden. Im September sollen die Fördergelder beantragt werden oder spätestens zum 31.10.2025. Man könnte sich eine ähnliche Aluminiumbrücke in Eberbach ansehen.

Stadtrat Wachert fragt, ob die Brücke bis zum Neubau noch 2 oder 3 Jahre erhalten werden könne, wenn Sonderprüfungen erfolgen.

Herr Wolf sagt, der Bauhof habe bereits Teile saniert und die Brücke sei für den Radverkehr gesperrt worden.

Herr Poser weist darauf hin, dass Geld, das man nun reinstecke, weg sei.

Der Bürgermeister stellt in Frage, Geld in die Brücke zu investieren, wenn man sie doch ersetzen wolle.

Stadtrat Bernauer bestätigt die Bedeutung der Brücke für die Fußgänger. Variante 2 und 5 lägen nah beieinander und sollten weiterverfolgt sowie die planerische Arbeit angestoßen werden unter der Bedingung, dass der Neubau gefördert werde.

Stadtrat Wachert fragt nach, ob ein Abriss für die CDU denkbar sei.

Stadtrat Bernauer antwortet, ein Abriss der alten Brücke sei ja in der Variante Ersatzbau schon mit enthalten. Sollte man für den Neubau keine Förderung erhalten, müsse man aber auch den ersatzlosen Abriss ernsthaft diskutieren.

Stadtrat Schendzielorz weist darauf hin, dass man eigentlich eine klare Ansage vom Rhein-Neckar-Kreis habe.

Stadtrat Wachert sieht eine Gefahr darin, dass Kinder über die Bahngleise laufen würden, wenn es keine neue Brücke gebe.

Stadtrat Sy verweist auf die Haushaltsberatungen und kann daher nicht nachvollziehen, warum eine Holzbrücke mit deutlich höheren Wartungskosten weiterverfolgt werden solle. Man müsse zu Potte kommen, eine Förderung abwarten und den Ersatzbau ggf. ohne Förderung umsetzen.

Der Bürgermeister fragt, ob auch die Variante 5 durchgeplant werden soll.

Stadtrat Katzenstein gibt an, die Holzbrücke gehe auf die Grünen zurück. Man sei sich den Nachteilen nicht bewusst gewesen. Inzwischen sei man der Meinung, dass eine Aluminiumbrücke sinnvoller sei.

Der Bürgermeister meint, eine Holzbrücke könne Charme haben, doch müsse man über die Unterhaltungskosten nachdenken.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandbericht betreffend „Brücke über die DB am Schwimmbad Neckargemünd“ zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beauftragt einstimmig die Verwaltung mit der Planung eines Ersatzbaus in Aluminiumbauweise (Variante 2).

Der Gemeinderat beauftragt einstimmig die Verwaltung, zu versuchen mittels Förderprogrammen und sonstigen Zuwendungen die Finanzierung der Maßnahme in den Jahren 2025 und 2026 zu ermöglichen.

8: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

8.1: **Sachvortrag:**

8.2: **Beratung:**

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt einstimmig die in der Anlage ausgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

9: **Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit
- Erhöhung der Entschädigungssätze für die Tätigkeit der Ortsvorsteher**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

9.1: **Sachvortrag:**

Frau Polte informiert zur Vorlage, alle drei Ortsvorsteher haben die Erhöhung der Entschädigung angefragt. Der Aufwand sei sehr hoch und die Ortsvorsteher sehr engagiert als Ansprechpartner in den Ortsteilen. Sie entlasten außerdem die Verwaltung. In der Haushaltsklausursitzung habe man bereits nichtöffentlich darüber beraten und dem Grunde nach zugestimmt. Sie erklärt weiterhin die Berechnung der Entschädigung. Zu entscheiden wäre nun über

- die Erhöhung der Prozente
- eine Koppelung an die Amtszeit bzw. Wahlperiode
- Mittelbetrag bis zum Höchstsatz

Unter Art. 1 § 3 solle das Wort „Amtszeit“ durch „Wahlperiode“ ersetzt werden.

Der Bürgermeister ergänzt, es sei keine Änderung für Dilsberg aufgrund steigender Einwohnerzahlen beantragt. Weiterhin sei auch kein Antrag bezüglich Dienstaltes gestellt worden.

9.2: **Beratung:**

Ortsvorsteher Bergsträsser dankt für die sehr positive Darstellung von Frau Polte. Er selbst konnte leider am zweiten Tag der Haushaltsberatung nicht teilnehmen. Er sei nun selbst 18 Jahre Ortsvorsteher von Mückenloch und habe dieses Amt mit unterschiedlicher Intensität wahrgenommen. Also selbst noch berufstätig war, hätte er nur am späten Nachmittag Zeit gehabt. Doch vor 10 Jahren mit der Reduzierung seines Deputats in der Schule hätte er sich aktiver engagieren können. Schon da hätte ihm eine Erhöhung zugestanden. Seit er im Ruhestand sei, könne er täglich in der Ortsverwaltung vor Ort sein. 2023 fand das Jubiläum 750 Jahre Mückenloch statt. Im Februar desselben Jahres sei die Mitarbeiterin der Ortsverwaltung länger ausgefallen, was eine enorme Arbeits- und gesundheitliche Belastung für ihn gewesen sei. Er habe sich in dieser Zeit jedoch auf die Unterstützung seiner Frau verlassen können. Am Ende des Jahres habe die Ortsverwaltung eine Unterstützung auch von der Verwaltung erhalten und nun seit einigen Monaten eine neue Mitarbeiterin, mit der er sehr gut zusammenarbeite. Auch in Waldhilsbach sei die Stelle in der Ortsverwaltung schon lange unbesetzt. Er wolle nicht klagen, sondern diese Situationsbeschreibung solle zeigen, welche Tätigkeiten, Aufgaben und täglichen Situationen im Amt entstehen und zu bewältigen seien. Alle haben eine Auflistung der Tätigkeiten erhalten und es wäre schön, wenn alle der Satzung zustimmen.

Ortsvorsteherin Linier teilt mit, der Ortschaftsrat Waldhilsbach habe einstimmig zugestimmt.

Stadtrat Wachert sagt, alle wüssten, wieviel Arbeit sich da verbirgt. Die Freien Wähler würden daher zustimmen und begrüßen die Entscheidung, mit jeder Wahlperiode ggf. neu zu bestimmen.

Stadtrat Konrad bestätigt, die Ortsvorsteher übten ihr Amt mit Hingabe und Ernsthaftigkeit aus. Es sei eine Wertschätzung des Ehrenamtes und es gehe darum die Ortsteile zu vertreten. Er sehe darin ebenso ein Zeichen für Demokratie und Mitbestimmung. Es sollen sich auch weiterhin Menschen finden, die dieses Amt gerne übernehmen.

Stadtrat Bernauer teilt mit, auch der Ortschaftsrat Dilsberg habe zugestimmt. Die Ortsvorsteher würden der Verwaltung viel abnehmen, da die Arbeit weit über Repräsentation hinaus gehe. Man unterstütze die Erhöhung bis zum Höchstsatz entsprechend der Vorlage.

Der Bürgermeister schlägt vor, en bloc abzustimmen und fragt nach abweichenden Meinungen.

Frau Polte weist darauf hin, dass die Änderung rückwirkend ab 01.01.2025 gelten solle.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung die vorgelegte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige vom 30. April 2019 bezüglich der Aufwandentschädigung für die Ortsvorsteher mit einer Änderung: Unter Art. 1 § 3 soll das Wort „Amtszeit“ durch „Wahlperiode“ ersetzt werden. Die Änderungen sollen rückwirkend zum 01. Januar 2025 in Kraft treten.

10: **Mitteilungen und Anfragen**10.1: **Ausbildungsmesse im Schulzentrum**

Frau Polte teilt mit, es habe im Schulzentrum die erste Ausbildungsmesse der Stadtverwaltung stattgefunden. Es sei viel los gewesen und insgesamt ein tolles Event mit weit über 40 Ausstellungen aus allen Branchen. Viele Schülerinnen und Schüler konnten sich direkt vor Ort informieren. Auch die Stadtverwaltung war vor Ort sowie Erzieherinnen der städtischen Kindergärten. Die Planung habe Frau Buchwald vom Personalamt übernommen. Die Schulleiter, die Handwerkskammer und die Aussteller seien sehr zufrieden gewesen. Dies sei auch eine Form der Jugendarbeit, die die Stadt leiste.

Der Bürgermeister dankt allen Ausstellern, die mit ins kalte Wasser gesprungen sind und zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen haben.

10.2: **Jugendbeteiligung**

Stadträtin Scheibe fragte nach dem Sachstand zur Jugendbeteiligung.

Frau Polte berichtet, man Versuche zur nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht vorzubereiten. Wegen einer Vakanz in Fachbereich 1 müssten alle Mitarbeiterinnen viel Vertretung leisten und daher würde die Bearbeitung länger dauern. Das Jugendforum solle in diesem Jahr stattfinden, außerdem sei ein Graffiti-Projekt in Planung.

Stadtrat Wachert fragt, welche Aktionen genau laufen.

Frau Polte antwortet, man müsse verschiedene Dinge auf dem Weg bringen: es würden Themen für das Jugendforum gesammelt, parallel würden das Alte E-Werk und Jugendzentrum bearbeitet.

Der Bürgermeister ergänzt, man sei auch in Abstimmung mit dem Familienzentrum in Bammental. Das Konzept erfordere Monate an Vorarbeit. Die Verwaltung hatte daher vorgeschlagen, das Alte E-Werk zu verschieben, doch nun wäre es an der Reihe.

10.3: **Ratsinformationssystem**

Stadtrat Katzenstein fragt nach dem Sachstand.

Frau Polte berichtet, man hatte bereits interne Schulungen und wolle die nächste Sitzung damit vorbereiten.

10.4: **Martin-Luther-Haus**

Stadtrat Katzenstein fragte nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister informiert, das Martin-Luther-Haus werde zum 1. April 2025 umgeschrieben. Danach komme das Konzept zur Bewirtschaftung und politischen Nutzung.

Stadtrat Erles möchte wissen, ob es zum Martin-Luther-Haus schon Begehungen gegeben habe und Kosten für die Stadt feststünden.

Der Bürgermeister antwortet, dies hänge davon ab, was man veranstalten wolle. Man habe aktuell eher die Auslastung im Blick, auch sei der Aufzug kaputt.

Stadtrat Wachert meint, der Aufzug wäre repariert.

Stadtrat Erles wirft ein, im letzten Jahr hieß es, man müsse nichts machen. Viele würden nun sagen, es sehe nicht gut aus.

Der Bürgermeister sagt, die einzig relevanten Meinungen werden die Behörden des Rhein-Neckar-Kreises mitteilen.

10.5: **Fahrradabstellanlage am Hanfmarkt**

Stadtrat Katzenstein fragte nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister teilt mit, die Fahrradabstellanlage sei durchgerostet gewesen. Es wäre die älteste im Stadtgebiet und man werde zuerst den Hanfmarkt überarbeiten und dann die Anlage erneuern. Zeitlich komme es aktuell auf den Fußverkehrscheck an, bei dem man viele Tiefbaumaßnahmen habe. Man könne nur eins nach dem anderen machen.

10.6: **Förderprogramm Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel**

Stadträtin Krastel frag nach aktuellen Förderprogrammen für den Klimaschutz. Man habe schon das Stadtraumkonzept angesprochen und sei auf den Klimaanpassungsmanager verwiesen worden. Es gebe nun eine Förderung für Entsiegelung und Begrünung. Da sollte noch vor dem Sommer einen Antrag gestellt werden, um noch eine Förderung zu erhalten.

Frau Polte gibt zu bedenken, dass ein Antrag ohne zuvor erarbeitetes Konzept nicht helfen werde.

Der Bürgermeister ergänzt, man habe weder einen Vergabe- noch einen Klimaanpassungsmanager im Haus. Er könne andere Projekte aus dem Klimaschutz zwar verschieben, doch er wolle lieber laufende Projekte abschließen, anstatt diese zu unterbrechen.

Stadträten Krastel bittet die interessante Förderung im Hinterkopf zu behalten.

Der Bürgermeister verspricht, dies habe man, doch das sei in den nächsten Wochen nicht relevant. Man werde oft über Fördermittel finanziert.

10.7: **Jugendforum**

Stadträtin Oppelt berichtet Andreas Farrenkopf habe sich angeboten, bei der städtischen Jugendarbeit mitzuhelfen. Man dürfe ihn gerne ansprechen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Oppelt

Die Schriftführerin

Stadtrat La Licata